

# Allgemeine Einkaufsbedingungen

## I. Geltungsbereich

1. Für Vertragsabschlüsse und Rechtsbeziehungen zwischen dem Lieferanten und der Fördergurt Manufaktur Deutschland GmbH (im Folgenden auch FMD oder Besteller genannt), die die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“) zum Gegenstand haben, gelten ausschließlich diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen.

2. Die Einkaufsbedingungen von FMD gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von diesen Einkaufsbedingungen oder von den gesetzlichen Bestimmungen abweichende Bedingungen des Lieferanten erkennt FMD nicht an, es sei denn, FMD hat diesen ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Die Einkaufsbedingungen von FMD gelten auch dann, wenn FMD in Kenntnis entgegenstehender oder von den Einkaufsbedingungen von FMD abweichender Bedingungen des Lieferanten, die Leistung des Lieferanten vorbehaltlos annimmt oder FMD vorbehaltlos Leistungen erbringt.

3. Diese Einkaufsbedingungen gelten nur, wenn der Lieferant Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

4. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen Einkaufsbedingungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

## II. Bestellung / Liefervertrag

1. Sämtliche Bestellungen von FMD werden erst wirksam, wenn FMD diese schriftlich erteilt hat. Auf offensichtliche für den Lieferanten erkennbare Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung (einschließlich der Bestellunterlagen) hat der Lieferant den Besteller zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen. Bestehen bezüglich der Bestellung von FMD für den Lieferanten Unklarheiten, ist der Lieferant verpflichtet, diese vor Vertragsschluss mit FMD zu klären.

2. Der Lieferant ist bereits vor einem Vertragsabschluss dazu verpflichtet, FMD schriftlich zu informieren, wenn die zu liefernde Ware nicht ausschließlich für die mit ihm vereinbarte oder ihm bekannte oder für ihn erkennbare Verwendung geeignet ist, mit der Verwendung der Ware

besondere Risiken oder ungewöhnliche Schadensfolgen verbunden sein können, die er kennt oder kennen müsste, sowie mit dem Weiterverkauf der Ware durch FMD im In- und/oder Ausland Patente, Lizenzen oder sonstige Schutzrechte Dritter verletzt werden könnten.

3. Nimmt der Lieferant die Bestellung nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zusendung der Bestellung an, so ist der Besteller zum Widerruf berechtigt.

4. Der Besteller kann im Rahmen der Zumutbarkeit für den Lieferanten Änderungen der Ware in Konstruktion und Ausführung verlangen. Dabei sind die Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der Mehr- und Minderkosten sowie Liefertermine, angemessen einvernehmlich zu regeln.

5. Der Lieferant ist verpflichtet, alle Zeichnungen, Modelle, Muster, Anleitungen oder sonstige Unterlagen, die ihm im Zusammenhang mit der Bestellung oder zur Vertragsdurchführung von FMD zur Verfügung gestellt werden, geheim zu halten. Insbesondere ist es dem Lieferanten ohne vorherige schriftliche Zustimmung von FMD untersagt, diese Unterlagen an Dritte herauszugeben oder Dritten Einsicht zu gewähren bzw. in anderer Art und Weise Dritten zur Verfügung zu stellen.

6. Alle Zeichnungen, Modelle oder Muster, gleich in welcher Art und Umfang FMD diese dem Lieferanten zur Ausführung der Bestellung zur Verfügung stellt, bleiben im Eigentum von FMD und sind auf Verlangen herauszugeben. Gleiches gilt für vom Lieferanten hiervon angefertigte Mehrfertigungen oder in elektronischer Form gespeicherte Daten.

## III. Lieferung/Lieferzeit/Gefahrübergang/Verzugsfolgen

1. Der Lieferant ist weder zu Teillieferungen noch zu Mehr- oder Minderlieferungen berechtigt.

2. Sofern keine andere Liefermodalität vereinbart ist, erfolgt die Lieferung DDP Incoterms 2010 an der in der Bestellung von FMD bezeichneten Lieferanschrift, oder, sofern in der Bestellung keine Lieferanschrift genannt ist, DDP Auf dem Tigge 50, 59269 Beckum. Ist mit dem Lieferanten abweichend von Ziffer III. Abs. (1) Satz 1 dieser Einkaufsbedingungen als Liefermodalität „frei Haus“, „frei Baustelle“ oder Ähnliches vereinbart, ist vorbehaltlich einer eindeutigen anderweitigen Auslegung diese Klausel so zu verstehen, dass die Lieferung erst mit dem Eintreffen der Ware am Zielort abgeschlossen ist.

3. Maßgeblich für die Einhaltung des Liefertermins oder der Lieferfrist ist der Eingang der Ware an dem vom Besteller bestimmten Ort. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Lieferant und FMD abweichend von Ziffer III. Abs. (2) als Liefermodalität eine E-, F- oder C-Klausel der Incoterms 2010 vereinbart haben.

4. Der Lieferant steht für die Beschaffung der für die Lieferung erforderlichen Zulieferungen und Leistungen uneingeschränkt ein. Der Vorbehalt der Selbstbelieferung ist ausgeschlossen.

5. Die in der schriftlichen Bestellung genannten Liefertermine und Fristen sind verbindlich. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, hat die Lieferung durch den Lieferanten nach § 271 BGB sofort zu erfolgen, soweit sich nicht aus den Umständen etwas anderes ergibt.

6. Im Falle eines Fixgeschäftes bedarf es beim Überschreiten des Liefertermins entgegen § 376 Abs. 1 Satz 2 HGB keiner Anzeige von FMD, dass FMD auf Erfüllung besteht, um den Erfüllungsanspruch aufrechtzuerhalten.

7. Der Lieferant ist verpflichtet, FMD unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann. Eine solche Mitteilung entbindet den Lieferanten nicht von seiner rechtzeitigen Leistungspflicht und lässt die FMD aufgrund einer verspäteten Leistung entstehenden Rechte unberührt.

8. Ohne, dass damit eine Einschränkung sonstiger Benachrichtigungspflichten verbunden ist, hat der Lieferant dem Besteller die Lieferung mit angemessenem Zeitvorlauf schriftlich anzukündigen.

9. Lässt sich der Tag, an dem die Lieferung spätestens zu erfolgen hat, aufgrund des Vertrages bestimmen, so kommt der Lieferant, wenn bis dahin die Lieferung nicht erfolgt ist, mit Ablauf dieses Tages in Verzug, ohne dass es hierfür einer Mahnung durch FMD bedarf. Die sonstigen gesetzlichen Regelungen nach § 286 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BGB, unter deren Voraussetzung es einer Mahnung durch FMD nicht bedarf, bleiben unberührt.

10. Im Falle des Lieferverzugs stehen FMD die gesetzlichen Ansprüche uneingeschränkt zu, einschließlich des Rücktrittsrechts und des Anspruchs auf Schadensersatz statt der Leistung nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist, sofern eine solche Nachfrist nicht nach Maßgabe dieser Einkaufsbedingungen und/oder der gesetzlichen Regelungen entbehrlich ist. Die Regelungen in Ziffer III. Abs. (11.) dieser Einkaufsbedingungen bleiben unberührt.

11. Ist der Lieferant in Verzug, kann FMD – neben weitergehenden, gesetzlichen Ansprüchen –

pauschalierten Ersatz des Verzugschadens in Höhe von 0,5 % des Nettokaufpreises der nicht oder zu spät gelieferten Ware pro angefangene Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des Nettokaufpreises der nicht oder zu spät gelieferten Ware. FMD bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Lieferanten bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

12. Der Gefahrübergang erfolgt mit der Lieferung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist abweichend von Ziffer III. Abs. (12.) Satz 1 dieser Einkaufsbedingungen diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend.

13. Der Lieferant hat für seine Lieferungen die anerkannten Regeln der Technik und Sicherheit einzuhalten und die Ware hinreichend gegen Transportschäden zu sichern. Für Beschädigungen der Ware infolge mangelhafter Verpackung haftet der Lieferant.

#### **IV. Ausgangsuntersuchung durch den Lieferanten**

1. Um Folgeschäden aus der Lieferung mangelhafter Waren möglichst zu verhindern, ist der Lieferant verpflichtet, die Ware vor Lieferung auf Mängel, die durch eine ordnungsgemäße Untersuchung erkennbar sind, zu untersuchen. Der Lieferant ist verpflichtet, das Ergebnis dieser Ausgangsuntersuchung schriftlich festzuhalten und FMD auf Nachfrage zu übermitteln.

2. Fällt dem Lieferanten nach der Lieferung auf, dass die Ware mangelhaft ist, ist er verpflichtet, FMD über diesen Mangel unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Dies gilt selbst dann, wenn der Mangel keinen Anlass für eine deliktisch und / oder produkthaftungsrechtlich begründete Warnung oder einen deliktisch und / oder produkthaftungsrechtlich begründeten Rückruf bietet.

#### **V. Preise / Zahlungsbedingungen**

1. Zahlungen leistet der Besteller nach 14 Tagen unter Abzug von 3 % Skonto oder nach 30 Tagen netto, wenn schriftlich nichts anderes vereinbart ist.

2. Maßgeblich für die Berechnung des Zahlungstermins ist das Eingangsdatum der Ware am Bestimmungsort. Sollte die Rechnung später eingehen als die Warensendung, so gilt jedoch das Eingangsdatum der Rechnung beim Besteller als Grundlage zur Bestimmung des Zahlungstermins. Bei Annahme verfrühter Lieferung richtet sich die Fälligkeit der Zahlung nach dem vereinbarten Liefertermin.

3. Rechnungen sind an den Besteller per E-Mail an die folgende elektronische Adresse zu senden: rechnungen@foerdergurt-manufaktur.de. Rechnungen dürfen der Lieferung nicht beigelegt werden.

4. Fälligkeitszinsen nach § 353 HGB werden von FMD nicht geschuldet.

5. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen FMD im gesetzlichen Umfang zu. FMD ist insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange FMD noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Lieferanten zustehen. Zahlungen erfolgen unter Vorbehalt und berühren die Gewährleistungspflicht des Lieferanten nicht.

6. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem Lieferanten nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder von FMD anerkannt sind oder auf demselben Vertragsverhältnis beruhen.

7. Soweit Bescheinigungen über Materialprüfungen vereinbart sind, bilden sie einen wesentlichen Bestandteil der Lieferung und sind zusammen mit der Rechnung, spätestens jedoch 10 Tage nach Rechnungsstellung dem Besteller zu übersenden. Rechnungen werden frühestens mit dem Eingang der vereinbarten Bescheinigung fällig.

## VI. Sach- und Rechtsmängel

1. Über die gesetzlich definierten Sachmängel hinaus ist die Ware sachmangelhaft, wenn sie zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs von der vereinbarten Beschaffenheit und / oder Verwendungseignung abweicht; nicht die gesetzlichen und / oder sonstigen rechtlichen Anforderungen erfüllt. Wenn die Ware in Deutschland weiterverkauft wird; die Ware von anerkannten Regeln der Technik, den jeweils geltenden Regeln für die Produktsicherheit, anwendbarer DIN-Normen und/oder anwendbarer EU-Normen [dazu zählt auch aber nicht abschließend die Einhaltung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)] abweicht und/oder nicht nach deren Maßgabe hergestellt wurde; und / oder fehlerhaft im Sinne des Produkthaftungsgesetzes ist.

2. Die Ware ist rechtmangelhaft, wenn sie zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs nicht den Anforderungen nach Ziffer XIII. dieser Einkaufsbedingungen genügt. Im Übrigen richtet sich die Rechtmangelhaftigkeit nach § 435 BGB.

## VII. Mängeluntersuchung und -anzeige

1. Der Besteller genügt seiner kaufmännischen Untersuchungspflicht durch branchenübliche stichprobenartige Untersuchung der ihm übersandten Ware. Eine Hinzuziehung Dritter ist nicht erforderlich, ebenso wenig eine Untersuchung auf die chemische Zusammensetzung.

2. Mängel der Lieferung hat der Besteller, sobald sie nach den Gegebenheiten eines ordnungsgemäßen Geschäftsablaufes festgestellt werden, dem Lieferanten umgehend anzuzeigen. Die Mängelrüge ist noch rechtzeitig, wenn der Besteller innerhalb von fünf Werktagen nach Entdeckung des Mangels bzw. nach dem Zeitpunkt, nach dem er den Mangel aufgrund der nach Ziffer VII. Abs. (1.) erfolgenden Untersuchung hätte erkennen können, die Mängelrüge an den Lieferanten absendet; soweit es sich um offensichtliche Mängel handelt, hat jedoch die schriftliche Mängelrüge innerhalb von zehn Tagen ab Erhalt der Ware zu erfolgen. Insoweit verzichtet der Lieferant auf den Einwand der verspäteten Mängelrüge.

3. Eine Rüge durch FMD ist nicht erforderlich, soweit der Lieferant den Mangel insbesondere aufgrund seiner Ausgangsuntersuchung nach Ziffer IV. dieser Einkaufsbedingungen kannte oder hätte kennen müssen.

## VIII. Mangelhaftung

1. Für die Rechte des Bestellers wegen Sach- und Rechtsmängeln der gelieferten Ware gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit in diesen Einkaufsbedingungen nichts Abweichendes geregelt ist.

2. Bei begründeter Mängelrüge ist der Besteller berechtigt, nach seiner Wahl Nachbesserung (Mängelbeseitigung) oder Nachlieferung (Ersatzlieferung) zu verlangen. Die Nacherfüllung der Gesamtleistung kann auch gefordert werden, wenn nur ein Teil der Lieferung mit Mängeln behaftet und die Abnahme des anderen Teils für den Besteller ohne Interesse ist. Die im Rahmen der Nacherfüllung entstehenden Aufwendungen einschließlich zusätzlicher Transport- oder Frachtkosten trägt der Lieferant.

3. Kann der Lieferant die Nacherfüllung ggf. nicht innerhalb angemessener Frist durchführen, kommt er der Aufforderung nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist nach, schlägt die Nacherfüllung fehl oder ist eine Fristsetzung entbehrlich, so ist der Besteller berechtigt, den Kaufpreis zu mindern, vom Vertrag zurückzutreten und, wenn der Lieferant den Mangel und/oder die fehlerhafte oder nicht erfolgende Nacherfüllung zu vertreten hat, Schadensersatz zu verlangen. Dieser beinhaltet auch die Kosten einer eventuellen Ersatzbeschaffung bzw. die Kosten einer Nachbesserung durch einen Dritten. Der Schadensersatz umfasst auch alle durch die mangelhafte Sache adäquat kausal verursachten Schäden.

4. Ist ein Mangel nicht durch angemessene Materialprüfungen im Voraus erkennbar und lässt sich daher die Mangelhaftigkeit der gelieferten Ware erst während der Produktion, Verarbeitung oder dem Einbau feststellen, so haftet der Lieferant, soweit er die Mangelhaftigkeit der Ware zu vertreten hat, neben seiner Pflicht zur Nacherfüllung für alle Schäden, die durch die Einstellung und Verzögerung der Produktion entstehen sowie für die bereits erbrachten vergeblichen Aufwendungen.

5. Der Schadensersatz erfasst auch die Schäden, die daraus resultieren, dass die mangelhafte Ware durch Einbau oder Vermischung zu einem fehlerhaften Produkt geführt hat. Der Schadensersatz umfasst im Einzelfall daher auch den Schadens- und Aufwendungsersatz, zu dessen Leistung der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Gewährleistungspflicht und Rückgriffshaftung (§§ 478 ff. BGB) gegenüber seinen Kunden verpflichtet ist.

6. Ist der Lieferant ein Zwischenhändler für die betroffene Ware, so kann er sich nicht nach § 280 Abs.1 Satz 2 BGB entlasten, wenn er aufgrund der ihn nach § 377 HGB gegenüber seinem Lieferanten treffenden Untersuchungspflicht den Mangel erkannt hat oder hätte erkennen können, jedoch die Ware gleichwohl an FMD geliefert hat.

#### **IX. Verjährung**

1. Die Ansprüche von FMD gegen den Lieferanten verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nicht nachfolgend in Ziffer IX. Abs. (2.) bis Abs. (4) dieser Einkaufsbedingungen etwas Abweichendes bestimmt ist.

2. Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelgewährleistungsansprüche wegen Sachmängeln drei (3) Jahre ab Gefahrenübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung jedoch erst mit der Abnahme. Soweit die Regelungen nach § 479 zur Verjährung von Rückgriffsregelungen zu längeren Verjährungsfristen führen, bleiben diese unberührt.

3. Für den Fall, dass der Lieferant einen Mangel arglistig verschweigt, verlängert sich die Gewährleistungsfrist für Sachmängel auf fünf Jahre.

4. Die Verjährungsfristen des Kaufrechts nach Maßgabe der vorstehenden Regelungen gelten für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit FMD wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung nach §§ 195, 199 BGB, soweit nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

5. Bei Nachlieferung beginnt eine neue Gewährleistungsfrist mit Lieferung der neuen Ware an

Stelle der mangelhaften. Bei Nachbesserung beginnt eine neue Gewährleistungsfrist mit Nachbesserung der mangelhaften Sache. Mit der Nachlieferung und Nachbesserung erkennt der Lieferant den gerügten Mangel an.

#### **X. Produkthaftung / Produktbeobachtung / Rückruf**

1. Für Fehler an der Ware stellt der Lieferant den Besteller und, soweit erforderlich, dessen Kunden von der daraus resultierenden Produkthaftung auf erste Anforderung hin insoweit frei, wie er selbst auch unmittelbar haften würde.

2. Der Lieferant ist verpflichtet, auf Weisung des Bestellers, alle erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Produktbeobachtung durchzuführen, sofern erforderlich auch Warn- und Rückrufaktionen. Die Kosten, die dem Besteller durch Rückrufaktionen entstehen, hat der Lieferant dem Besteller zu ersetzen.

3. Der Lieferant muss sich gegen die Risiken aus der Produkthaftung mit einer Deckungssumme von EUR fünf (5) Millionen pro Personenschaden / Sachschaden versichern. Auf Verlangen ist ein entsprechender Versicherungsnachweis zu erbringen.

#### **XI. Freistellung**

Ohne Verzicht von FMD auf weitergehende Ansprüche stellt der Lieferant den Besteller von allen Ansprüchen Dritter frei, die aufgrund von produktrechtlichen, produkthaftungsrechtlichen oder ähnlichen Bestimmungen gegen FMD erhoben werden, soweit die Ware von dem Lieferanten geliefert wurde oder die Ursächlichkeit von dem Lieferanten gelieferter Grundstoffe oder Teile für den Produktfehler beruht. Die Freistellung schließt insbesondere auch den Ersatz der FMD entstehenden Aufwendungen sowie der Kosten einer vorsorglichen Feld- oder Rückrufaktion ein und wird von dem Lieferanten unter Verzicht auf den Einwand der Verjährung zugesagt.

#### **XII. Haftung des Bestellers**

1. Schadensersatzansprüche des Lieferanten gegen den Besteller, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung sind mit Ausnahme der Haftung für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten, der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen.

2. Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den

vertragstypischen vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht die Haftung des Bestellers auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Handlung und/oder auf der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit beruht.

### **XIII. Schutzrechte**

Der Lieferant übernimmt die Gewähr dafür, dass die von ihm gelieferte Ware keine in- oder ausländischen Schutzrechte verletzt. Der Lieferant stellt den Besteller von allen Ansprüchen frei, die wegen Verletzung eines Schutzrechts an den Besteller gestellt werden und übernimmt die Kosten der Wahrung der Rechte (einschließlich etwaiger Rechtsstreitigkeiten und Vergleichsverhandlungen), wenn diese Ansprüche auf einer schuldhaften Pflichtverletzung des Lieferanten beruhen. Der Besteller wird den Lieferanten im Falle einer Inanspruchnahme unverzüglich informieren und eröffnet dem Lieferanten die Möglichkeit, an den entsprechenden Verhandlungen teilzunehmen.

### **XIV. Vertragsanpassung**

1. Sofern unvorhersehbare Ereignisse im Sinne von § 313 BGB die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Bestellers erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst.

2. Soweit ein Festhalten am Vertrag wirtschaftlich nicht zumutbar ist, steht dem Besteller das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Lieferanten eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war, die Unzumutbarkeit aber später eintritt. Will der Besteller von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er diese Nacherkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Lieferanten mitzuteilen.

### **XV. Eigentumsvorbehalt des Lieferanten**

1. Mit der Lieferung wird FMD Eigentümer der Ware.

2. Erfolgt jedoch abweichend von Ziffer XV. Abs. (1.) dieser Einkaufsbedingungen die Übereignung der Ware durch den Lieferanten an FMD unter der Bedingung der vollständigen Kaufpreiszahlung, so erlischt der Eigentumsvorbehalt spätestens mit der Kaufpreiszahlung der gelieferten Ware und der Eigentumsvorbehalt hat nur die Wirkung eines einfachen Eigentumsvorbehalts. FMD ist in diesem Fall jedoch dennoch berechtigt, die Ware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor der Kaufpreiszahlung weiter zu veräußern; die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen, zu deren

Einziehung ermächtigt bleibt, tritt FMD an den Lieferanten ab, der die Abtretung hiermit annimmt.

3. Ausgeschlossen sind alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

### **XVI. Erfüllungsort / Rechtswahl / Gerichtsstand**

1. Der Lieferort folgt aus Ziffer III. Abs. (2.) dieser Einkaufsbedingungen. Zahlungs- und Erfüllungsort für alle sonstigen Verpflichtungen aus dem Vertrag mit dem Lieferanten, einschließlich der Erbringung von Nacherfüllungsleistungen und der Rückgewähr infolge eines Rücktritts, ist 59269 Beckum.

2. Für die Rechtsbeziehung im Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

3. Ist der Lieferant Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten der Geschäftssitz von FMD in 59269 Beckum. FMD ist jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am allgemeinen Gerichtsstand des Lieferanten zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

### **XVI. Sonstiges**

1. Es ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Bestellers gestattet, auf die mit dem Besteller bestehende Geschäftsbeziehung in Informations- und / oder Werbematerial Bezug zu nehmen.

2. Zur Wahrung der Schriftform bedarf es weder einer eigenhändigen Namensunterschrift noch einer elektronischen Signatur.

3. Sollte eine Bestimmung in diesen Geschäftsbedingungen oder eine Bestimmung im Rahmen sonstiger Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit aller sonstigen Bestimmungen oder Vereinbarungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung tritt dann die gesetzliche Regelung.